

Aktenzeichen:



Eingegangen

## Amtsgericht Bad Kreuznach

### Beschluss

In dem Rechtsstreit

- Klägerin -

Prozessbevollmächtigter:

gegen

- Beklagter -

wegen Forderung

hat das Amtsgericht Bad Kreuznach durch die Richterin am 08.09.2015 beschlossen:

Das Ablehnungsgesuch gegen die Richterin am Landgericht wird als unbegründet zurückgewiesen.

### Gründe:

Das zulässige Ablehnungsgesuch ist nicht begründet.

In der, in der mündlichen Verhandlung vom 06.08.2015, tatsächlich nicht möglichen Legitimation der Richterin am Landgericht sowie in der Gewährung des Einblicks in eine nicht unterzeichnete Abschrift des Geschäftsverteilungsplans sind keine Gründe zu sehen, die geeignet sind, das Misstrauen gegen die Unparteilichkeit der Richterin zu rechtfertigen.

Nach § 42 Abs.2 ZPO findet die Ablehnung eines Richters wegen der Besorgnis der Befangenheit

statt, wenn ein Grund vorliegt, der geeignet ist, Misstrauen gegen die Unparteilichkeit eines Richters zu rechtfertigen. Die Besorgnis der Befangenheit ist anzunehmen, wenn Umstände vorliegen, die berechnete Zweifel an der Unparteilichkeit oder Unabhängigkeit des Richters aufkommen lassen. Geeignet dazu Misstrauen gegen die unparteiliche Amtsausübung des Richters zu rechtfertigen sind diese objektiven Gründe, wenn aus Sicht des Ablehnenden genügend objektive Gründe vorliegen, die nach Meinung einer ruhig und vernünftig denkenden Partei Anlass geben, an der Unvoreingenommenheit des Richters zu zweifeln.

Der Umstand, dass die vorsitzende Richterin den Parteien in dem Termin zur mündlichen Verhandlung weder ihre Ernennungsurkunde noch ihren Richterdienstausweis vorlegen konnte, stellt kein prozessuales Vorgehen der Richterin dar, das einer ausreichenden gesetzlichen Grundlage entbehrt und sich so weit vom normalerweise geübten Verfahren entfernt, dass sich für die dadurch betroffene Partei der Eindruck einer sachwidrigen auf Voreingenommenheit beruhenden Benachteiligung aufdrängt.

Eine Ablehnung kam auch nicht dahingehend in Betracht, dass die Richterin wegen Mängeln oder der Verletzung der Geschäftsverteilung nicht die gesetzliche Richterin sei. Vielmehr legte die vorsitzende Richterin dem Beklagten eine Abschrift des Geschäftsverteilungsplanes vor, aus dem ihre Zuständigkeit ersichtlich war und protokollierte den Antrag des Beklagten hinsichtlich seiner Einsichtnahme in den unterzeichneten Geschäftsverteilungsplan, um ihm die Nachprüfungsmöglichkeit der Stellung der vorsitzenden Richterin als gesetzliche Richterin zu ermöglichen.

### **Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen die Entscheidung kann sofortige Beschwerde (im Folgenden: Beschwerde) eingelegt werden.

Die Beschwerde ist binnen einer Notfrist von **zwei Wochen** bei dem

Amtsgericht Bad Kreuznach  
Ringstraße 79  
55543 Bad Kreuznach

oder bei dem

Landgericht Bad Kreuznach  
Ringstraße 79  
55543 Bad Kreuznach

einzulegen.

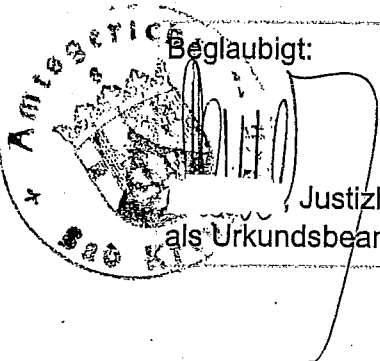
Die Frist beginnt mit der Zustellung der Entscheidung, spätestens mit dem Ablauf von fünf Monaten nach der Verkündung der Entscheidung.

Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen oder durch Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle eines der genannten Gerichte. Sie kann auch vor der Geschäftsstelle jedes Amtsgerichts zu Protokoll erklärt werden; die Frist ist jedoch nur gewährt, wenn das Protokoll rechtzeitig bei einem der oben genannten Gerichte eingeht. Eine anwaltliche Mitwirkung ist nicht vorgeschrieben.

Die Beschwerdeschrift muss die Bezeichnung der angefochtenen Entscheidung sowie die Erklärung enthalten, dass Beschwerde gegen diese Entscheidung eingelegt werde.

Richterin

Beglaubigt:

A handwritten signature in dark ink, consisting of several loops and a long horizontal stroke, is written over a circular official stamp. The stamp contains the text 'Amtsgericht' at the top and '220 K' at the bottom, with a central emblem.

Justizhauptsekretärin  
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

(Dienstsiegel)